Warum die Wahlerfolge der Palästinenser die rassistische Struktur des Staates Israel nicht ändern können

Ghada Majadli, middleeasteye.net, 30.10.26

Die Tatsache, dass es eine parlamentarische Vertretung gibt, hebt weder das Apartheidregime noch die 50 diskriminierenden Gesetze auf, die das Leben der palästinensischen Bürger des Staates Israel regeln.

Die hohe Wahlbeteiligung der Palästinenser bei den Wahlen im Staat Israel wurde zum Teil durch die jüngsten Versuche angeheizt, die politische Vertretung der Palästinenser in der Knesset zu beseitigen. 1

Zwar könnte die Absetzung Netanjahus und seiner Verbündeten eine gewisse unmittelbare Erleichterung bringen oder bestimmte Formen der Gewalt eindämmen, doch würde dies die politische Realität, mit der die Palästinenser konfrontiert sind, nicht grundlegend verändern – zumal der Völkermord im Gazastreifen parallel zur zunehmenden Enteignung, Vertreibung und Gewalt in der Westbank weitergeht.

Unabhängig davon, wie wir zur Beteiligung der Palästinenser am israelischen Parlament stehen, gilt: der Staat Israel und seine Verbündeten nutzen die Beteiligung der Palästinenser seit langem, um den rassistischen Charakter des Staates zu verschleiern und Vorwürfe der Apartheid abzuweisen. 2

Die Existenz einer palästinensischen parlamentarischen Vertretung hebt weder das Apartheidregime noch die 50 diskriminierenden Gesetze auf, die das Leben der palästinensischen Bürger Israels regeln. 3

Die Palästinenser im Staat Israel gingen zur Wahl, weil eine weitere Amtszeit unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu – gestützt durch ein Bündnis mit den rechtsextremen Ministern Itamar Ben Gvir und Bezalel Smotrich – für Palästinenser überall tödliche Folgen gehabt hätte. Dazu gehören auch die Palästinenser innerhalb des Staates Israel, die mit eskalierender politischer Gewalt und Hetze, zunehmenden Forderungen nach ihrer Vertreibung und Ausweisung sowie immer aggressiveren Versuchen, sie zu schikanieren und zu verfolgen, konfrontiert sind.

Ein Beispiel dafür ist der kürzlich gegründete Außenposten auf dem Land von Majd al-Krum, der von einer Gruppe rechtsextremer Siedlerjugendlicher angeführt wird und den der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich vorantreibt. Er ahmt genau die Praktiken der Landbeschlagnahmung und Siedlungsausweitung nach, die in der Westbank stattfinden. Dazu gehören aber auch

Angriffe auf die palästinensische kulturelle Identität sowie Einschränkungen beim Gebrauch der arabischen Sprache am Arbeitsplatz 4

So sehr wir die gestiegene Wahlbeteiligung als Reaktion auf den Völkermord im Gazastreifen, die sich beschleunigende Kampagne der ethnischen Säuberung in der 1967 besetzten Westbank und die sich verschlechternden Bedingungen für palästinensische Gefangene verstehen möchten – und tatsächlich hatten viele Wähler diese Anliegen im Blick, darunter auch Menschen, die ihr ganzes Leben lang israelische Wahlen boykottiert hatten –, so war doch ein wesentlicher Teil der Motivation die zunehmende Ausweitung der gewaltsamen Unterdrückung durch den Staat Israel auf die Gebiete von 1948. Tatsächlich stimmten die Palästinenser im Staat Israel für ihr eigenes Überleben. 5

Das größere Bild

Gleichzeitig habe ich einige Vorbehalte gegenüber der Art und Weise, wie die Teilnahme der Palästinenser an diesen Wahlen und die ersten Ergebnisse dargestellt und kommentiert wurden. Es ist wichtig, einige dieser Falschdarstellungen zu korrigieren und dabei den größeren Zusammenhang nicht aus den Augen zu verlieren.

Erstens hat die Zurückhaltung der Palästinenser, an israelischen Wahlen teilzunehmen, eine lange politische Geschichte, die auf mehreren Überlegungen beruht. Einige Palästinenser boykottieren Wahlen aus Prinzip, lehnen eine parlamentarische Beteiligung als politischen Weg ab und weigern sich, die Institutionen des israelischen Staates zu legitimieren. Andere stellen in Frage, ob eine parlamentarische Vertretung überhaupt grundlegende Veränderungen in einem Staat bewirken kann, der durch ihre Vertreibung und Enteignung gegründet wurde und der diese Prozesse seit 1948 in unterschiedlicher Form in allen palästinensischen Gebieten fortgesetzt hat. 6

Für viele hat die jahrzehntelange Erfahrung der parlamentarischen Mitwirkung diese Haltung nur noch bestärkt. Die Lebensbedingungen der Palästinenser haben sich nicht grundlegend verändert und können sich auch nicht entscheidend ändern, ohne dass die tiefer liegenden Strukturen der zionistischen Herrschaft und der jüdisch-israelischen Vorherrschaft abgebaut sowie die Machtverhältnisse zwischen israelischen Juden und Palästinensern umgestaltet werden. 7

Diese Haltung beruht auch auf der Erkenntnis, dass die Bürgerrechte der Palästinenser im Staat Israel nicht von ihren politischen und nationalen Rechten getrennt werden können. Die parlamentarische Vertretung hat ihre untergeordnete Stellung nicht grundlegend verändert, nicht einmal auf der Ebene der Bürgerrechte.

In einem kritischen Moment, in dem sich die Lage rapide verschlechtert, werden die Palästinenser jedoch immer weiter in die Enge getrieben. Der ohnehin schon begrenzte Spielraum für politisches Handeln wird weiter eingeschränkt. Viele sehen die Stimmabgabe nun als eines der wenigen ihnen

noch verbleibenden Mittel an, auch wenn ihre Erwartungen hinsichtlich dessen, was damit erreicht werden kann, sehr begrenzt sind. 8

Palästinenser im Staat Israel – ob sie es nun so formulieren oder nicht – kennen die Realitäten des Lebens unter einem System, in dem israelische Juden Privilegien und Rechte genießen, die den Palästinensern systematisch verwehrt werden – einem System, in dem Rassismus in den Gesetzen, Institutionen und alltäglichen Praktiken des Staates verankert ist. 9 Deshalb sollten wir der Feierstimmung angesichts der ersten Wahlergebnisse mit Vorsicht begegnen.

Keine Illusionen

Zweitens ändert die Tatsache, dass palästinensische Bürger Israels an den Knesset-Wahlen teilnehmen können und dass sie eine bedeutende Wählergruppe bilden, die in der Lage ist, das Bündnis aus Netanjahu, Ben-Gvir und Smotrich zu schwächen, nichts an der Realität, dass der Staat Israel nach wie vor ein Apartheidregime ist. Dies gilt auch innerhalb der Gebiete von 1948, wie mehrere Menschenrechtsorganisationen bestätigt haben.

Ich kann kaum glauben, dass manche weiterhin die palästinensische Staatsbürgerschaft und die Teilnahme an israelischen Wahlen als Beweis für den „demokratischen“ und „liberalen“ Charakter des israelischen Staates nennen oder darin einen Hoffnungsschimmer für einen Staat Israel sehen, das irgendwie gerettet oder wiederhergestellt werden könnte. 10

Die israelische Staatsbürgerschaft für Palästinenser muss im Zusammenhang mit dem umfassenderen kolonialen Siedlungsprojekt verstanden werden – als ein Mechanismus, durch den der Staat die indigene Bevölkerung beherrscht und integriert, während er gleichzeitig Strukturen der Enteignung und Unterdrückung aufrechterhält.

Die Staatsbürgerschaft gewährt den Palästinensern bestimmte individuelle und politische Rechte, während sie gleichzeitig ihre kollektiven Rechte und Ansprüche auf Land und Selbstbestimmung der Siedlerkolonialordnung unterordnet. Die parlamentarische Vertretung der Palästinenser, einschließlich der 19 in der Knesset gewonnenen Sitze, muss vor dem Hintergrund dieser strukturellen Grenzen verstanden werden.

Diese strukturellen Einschränkungen spiegeln sich auch in den politischen Institutionen und Parteien des Staates Israels wider, wo sich der Ausschluss der Palästinenser keineswegs auf Netanjahu und die extreme Rechte beschränkt.

Auch wenn die palästinensischen Wähler einen politischen Block bilden, der nicht ignoriert werden kann, ist ihre Fähigkeit, Wahlerfolge in politischen Einfluss umzuwandeln, nach wie vor stark eingeschränkt. Selbst in dem hypothetischen Szenario, in dem palästinensische Parteien bereit wären, einer Koalitionsregierung beizutreten, haben führende Persönlichkeiten des „Lagers des Wandels“ eine solche Möglichkeit bereits ausgeschlossen. Gadi Eisenkot beispielsweise hat die Einbeziehung

von Ra'am in seine Regierung ausdrücklich abgelehnt, obwohl die Partei bereits in der Vergangenheit ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Koalitionen signalisiert hatte.

Dies verdeutlicht, dass die Ausgrenzung der Palästinenser im gesamten politischen Spektrum des Staates Israel verankert ist und nicht nur ein Merkmal der rechtsextremen Parteien darstellt. Solche politischen Partnerschaften sind daher nicht nur schwer zu erreichen, sondern werden grundlegend durch die rassistischen und kolonialistischen Grundlagen des Staates und seines politischen Systems eingeschränkt.

Auch wenn eine höhere Wahlbeteiligung der Palästinenser und eine stärkere parlamentarische Vertretung Netanjahus Bündnis mit dem religiösen Zionismus erschüttern könnten, können sie diese strukturellen Grenzen nicht überwinden. Genau aus diesem Grund sollte die parlamentarische Vertretung der Palästinenser nicht romantisiert oder als Errungenschaft an sich betrachtet werden, losgelöst von der übergeordneten politischen Struktur, in der sie sich bewegt.

Jenseits der Wahlurne

Grundlegender noch: Die parlamentarische Beteiligung der Palästinenser kann nicht losgelöst vom israelischen andauernden Völkermord im Gazastreifen und der Verschärfung der militärischen und durch Siedler ausgeübten Gewalt sowie der Enteignung und Vertreibung in der 1967 besetzten Westbank interpretiert werden.

Dies sind keine getrennten politischen Realitäten, sondern unterschiedliche Ausprägungen desselben Siedlerkolonialprojekts, das die Palästinenser durch verschiedene rechtliche und politische Regime beherrscht. Jede Begeisterung über palästinensische Wahlerfolge, die diese umfassendere Realität außer Acht lässt, läuft Gefahr, genau jene Zersplitterung des palästinensischen Volkes zu reproduzieren, die der israelische Siedlerkolonialismus historisch anzustreben versucht hat.

Die Frage ist also nicht, wie viele Sitze die Palästinenser in der Knesset erringen können. Es geht vielmehr darum, was eine parlamentarische Beteiligung in einem politischen System bewirken kann, das den Palästinensern im gesamten historischen Palästina weiterhin ihre kollektiven Rechte und ihr Selbstbestimmungsrecht verweigert.

Der Wunsch, den rasanten Verfall der Lebensbedingungen der Palästinenser in allen Regionen aufzuhalten, ist vollkommen verständlich. Seit Beginn des Völkermords im Gazastreifen ist diese Verschlechterung besonders gravierend und unter Persönlichkeiten wie Ben Gvir zunehmend öffentlichkeitswirksam sichtbar – von der systematischen Misshandlung, Folter und unmenschlichen Behandlung palästinensischer Gefangener über die provokativen Übergriffe auf die Al-Aqsa-Moschee bis hin zu den stark medienwirksamen Polizeirazzien in palästinensischen Städten innerhalb des Staates Israel und den Abrissen palästinensischer Häuser. 14

Dennoch ist es wichtig, diese Entwicklungen nicht als Bruch mit der Geschichte des Staates Israel misszuverstehen und den Völkermord sowie die Eskalation der Gewalt gegen Palästinenser nicht einfach als das Werk Netanjahus und seiner religiös-zionistischen Verbündeten zu betrachten.

Trotz ihrer politischen Differenzen haben aufeinanderfolgende israelische Regierungen diese Strukturen aufrechterhalten, unter anderem durch den Ausbau und die Festigung der Siedlungen in der 1967 besetzten Westbank, die seit langem fester Bestandteil der israelischen Staatspolitik sind – und kein ausschließlich rechtsgerichtetes Projekt darstellen.

Zwar könnte die Absetzung Netanjahus und seiner Verbündeten eine gewisse unmittelbare Erleichterung bringen oder bestimmte Formen der Gewalt eindämmen, doch würde dies die politische Realität, mit der die Palästinenser konfrontiert sind, nicht grundlegend verändern – zumal der Völkermord im Gazastreifen parallel zur zunehmenden Enteignung, Vertreibung und Gewalt in der Westbank weitergeht.

Auch sollte die Beteiligung der Palästinenser an der Knesset, ungeachtet der jüngsten Wahlerfolge, nicht von der größeren und dringlicheren Frage ablenken, wie sich die Palästinenser organisieren und wirksamere politische Strategien entwickeln können, um der Realität zu begegnen, die in allen palästinensischen Gebieten herrscht.

Ghada Majadli ist Wissenschaftlerin und Doktorandin mit Wohnsitz in London sowie politische Analystin bei Al-Shabaka. Ihre Arbeiten wurden in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht und in internationalen Medien vorgestellt.

1 High voter turnout among Palestinian citizens of Israel threatens Netanyahu
https://www.aljazeera.com/news/2026/10/28/high-voter-turnout-from-palestinian-citizens-of-israel-threatens-netanyahu
Israel bans Arab parties from election: Who they are, why it matters
https://www.aljazeera.com/news/2026/9/26/israel-bans-arab-parties-from-election-who-they-are-why-it-matters
2 Israel's apartheid against Palestinians: a cruel system of domination and a crime against humanity
https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/02/israels-apartheid-against-palestinians-a-cruel-system-of-domination-and-a-crime-against-humanity/
3 The Adalah database of 50 discriminatory laws in Israel
https://mondoweiss.net/2015/06/database-discriminatory-israel/
4 Palestinian citizens of Israel mobilise against settler outpost in Galilee
https://www.middleeasteye.net/news/palestinian-citizens-israel-mobilise-against-settler-outpost-galilee
The Israeli right is rekindling a Zionist classic: Judaizing the Galilee
https://www.972mag.com/israeli-right-judaizing-galilee/
'This is a Jewish state': Arabic banned at work for Palestinian citizens of Israel
https://www.middleeasteye.net/news/jewish-state-arabic-banned-work-palestinian-citizens-israel
5 I have boycotted Israeli elections for years, but this time I will vote
https://www.middleeasteye.net/opinion/i-have-boycotted-israeli-elections-years-time-i-will-vote
Palestinians are voting in Israel to ensure their very survival
https://www.middleeasteye.net/news/palestinians-are-voting-israel-ensure-their-very-survival
6 'The continuous Nakba': Palestinians decry perpetual suffering

https://www.aljazeera.com/news/2023/5/15/the-continuous-nakba-palestinians-and-perpetual-suffering
7 Jewish supremacy is the law of the land'
https://www.middleeasteye.net/live-blog/live-blog-update/jewish-supremacy-law-land
8 Israel outlaws Palestinian human rights groups, causing backlash from Israeli, international rights organizations
https://www.pbs.org/newshour/world/israel-outlaws-palestinian-human-rights-groups-causing-backlash-from-israeli-international-rights-organizations
9 Read in full: Israel's Nation State of the Jewish People Law
https://www.middleeasteye.net/news/read-full-israels-nation-state-jewish-people-law
10 ISRAEL'S APARTHEID AGAINST PALESTINIANS
https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2022/02/israels-system-of-apartheid/
11 Settler-colonial citizenship: conceptualizing the relationship between Israel and its Palestinian citizens
https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/2201473X.2014.947671
Lana Tatour, "Citizenship as Domination: Settler Colonialism and the Making of Palestinian Citizenship in Israel"
https://www.jadaliyya.com/Details/40310
12 Palestinian vote in Israel: From boycotts to record Knesset gains
https://www.newarab.com/analysis/palestinian-vote-israel-boycott-record-knesset-gains
13 Eisenkot: Ra'am won't be part of government I lead; Netanyahu guilty of either borderline 'treason' or gross breach of trust over Qatar funding Hamas
https://www.timesofisrael.com/liveblog_entry/eisenkot-raam-wont-be-part-of-government-i-lead-netanyahu-guilty-of-either-treason-or-gross-breach-of-trust/
14 Living Hell
https://www.btselem.org/publications/202601_living_hell
Heavily armed police stage large-scale raid on Bedouin town after days of clashes
https://www.timesofisrael.com/hundreds-of-cops-raid-bedouin-town-with-live-fire-after-days-of-clashes-ben-gvir-visit/
15 The Elimination Project
https://www.btselem.org/the_elimination_project/

Quelle:
https://www.middleeasteye.net/opinion/why-palestinian-electoral-gains-Israel-cannot-alter-racist-structure-state

Übersetzung Pako: palaestinakomitee-stuttgart.de